

21.03.2021

Bewerbung um Listenplatz 1 der Landesreserveliste NRW zur Bundestagswahl

Rede auf der Landeswahlversammlung NRW, Lesedauer: 17 Minuten

Herr Präsident, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, wie schön Sie und Euch einmal wieder von Angesicht zu Angesicht zu sehen und nicht nur per FaceTime. Das haben wir viel zu lange nicht tun können und bei allen Segnungen der digitalen Medien, sie ersetzen eben nicht den Austausch von Mensch zu Mensch.

Lieber Joachim, dir herzlichen Dank für deine freundlichen Worte über unsere Arbeit im Deutschen Bundestag. Herzlichen Dank auch für die Nominierung, dass ich zum dritten Mal mich bewerben darf, um eine Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälische FDP. Ich tue das gerne und mir ist es eine Ehre. Joachim, aber vor allen Dingen will ich dir danken für die Arbeit, die hier in Düsseldorf, im Landeskabinett und im Landtag leistet. Wir sind seinerzeit 2017 in eine Regierung eingetreten, um das Land Nordrhein-Westfalen zu erneuern. Niemand hat ahnen können, dass das Regierungshandeln in Wahrheit danach von schwersten Abwägungen und vom Krisenmanagement bestimmt sein würde. Ihr werdet in diesen schwierigen Zeiten eurer Verantwortung voll gerecht. Wir alle sind stolz darauf, dass die Freien Demokraten in der Landesregierung in dieser Weise wirken. Vielen Dank für eure Arbeit.

Und ein herzlicher Dank auch an die Organisation dieser Landeswahlversammlung. Dass wir hier zusammenkommen können, ist keine Selbstverständlichkeit. Der Termin der Landeswahlversammlung wurde verschoben. Wie oft ist abgewogen worden: „Können wir nun verantworten, eine Veranstaltung in Präsenz durchzuführen?“ Wir alle, die wir hier in diesen Saal, in diese Halle gekommen sind, haben uns vergewissern können, welche ausgefeilte Logistik hier entwickelt worden ist, damit verantwortbar eine Landeswahlversammlung in Präsenz stattfinden kann. Wir gingen, durch Schleusen. Barcodes wurden gescannt. Es wurde die Körpertemperatur gemessen. Wir haben einen Schnelltest absolviert. Auf der App im Browser konnten wir sehen, wie das Ergebnis ist. Wir sitzen jetzt hier mit Abstand und mit Maske. Mir zeigt das eins: Mit intelligenter Logistik ist demokratisches Leben hier für die FDP möglich. Mit intelligenter Logistik wäre aber auch gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben für alle möglich, liebe Freundinnen und Freunde.

Insofern reklamieren wir für uns jetzt bei den Wahlen vorbereitenden Handlungen nicht irgendwelche Privilegien, sondern wir geben ein Beispiel dafür, wie die gesamtstaatliche Krisenstrategie weiterentwickelt werden soll. Fraglos, Corona ist eine gefährliche Erkrankung. Wir haben sie niemals relativiert. Niemand sollte die Gefahren geringschätzen. Es ist eine gefährliche Erkrankung und deshalb ist es notwendig, die Pandemie einzudämmen. Nach über einem Jahr Leben in der Pandemie gibt es allerdings nicht nur gesundheitliche Risiken. Von Tag zu Tag werden die sozialen, werden die gesellschaftlichen, die sonstigen gesundheitlichen und die wirtschaftlichen Risiken größer. Soziale Risiken, weil Menschen sich isoliert fühlen.

Soziale Risiken, auch weil Kinder und Jugendliche den Anschluss verlieren können. Gesellschaftliche Risiken, weil dieses Leben im Ausnahmezustand auch unsere politische Kultur deformiert. Weil Menschen Regeln wie das Verweilverbot in Düsseldorf nicht mehr verstehen können und deshalb diese Regeln im Geheimen unterlaufen. Wirtschaftliche Risiken, weil Menschen um die eigene Existenz fürchten, die eigene Altersvorsorge angreifen müssen, um über die Runden zu kommen. Natürlich gibt es auch weitergehende gesundheitliche Risiken, weil Behandlungen unterbleiben oder Therapien unterbrochen werden. Und deshalb, nach mehr als einem Jahr ist es Zeit, nicht nur die Coronarisiken zu sehen, sondern die Coronarisiken abzuwägen gegen die Risiken, die durch die Bekämpfung von Corona eben auch entstehen. Das erst ist eine Abwägung, die nach über einem Jahr in der Pandemie wirklich unsere Gesellschaft schützt.

Morgen wird ja wieder eine Runde bei der Kanzlerin stattfinden. Mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder. Wir wissen nicht genau, was in dieser Runde entschieden werden wird. Mutmaßlich jetzt gleich im Laufe des Tages werden auch wir als gewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages über die Medien erfahren, was dort der Beratungsgegenstand, was der Entwurf der Beschlussvorlage sein wird. Und dann wird hinter verschlossenen Türen abgewogen und beraten. In dieser Weise, liebe Freundinnen und Freunde, kann und darf das nicht fortgesetzt werden. Über die Krisenstrategie muss natürlich im Parlament in öffentlicher Debatte beraten werden. Das Parlament muss wie in Nordrhein-Westfalen die wesentlichen Entscheidungen, wenn es um die Eingriffe in Grundrechte geht, selbst treffen. Und dann muss auch eine alternative Debatte diskutiert werden können, weil im Zweifel das auch diejenigen, die sich mit ihrer Meinung nicht durchsetzen konnten, versöhnt mit den Entscheidungen der Mehrheit. Das ist ein Beitrag dazu, die politische Kultur und den sozialen Frieden im Land zu erhalten. Deshalb fordere ich hier heute die Bundeskanzlerin auf: Wenn Sie schon nichts vor der Bund-Länder-Runde den Deutschen Bundestag befasst, dann sollte sie in der kommenden Woche wenigstens im Nachhinein ihre Regierung, diese Politik, dem Parlament zu erklären versuchen. Eine Regierungserklärung ist in dieser Sitzungswoche des Bundestages zwingend erforderlich. So wie beim letzten MPK-Beschluss, wo die Abgeordneten in Talkshows die Regierungsentscheidungen diskutieren konnten, eine solche Staatspraxis ist nicht angemessen und weder dem Parlament noch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern respektvoll.

Und in der Sache will ich hier heute sagen, was ich gerne vor einer solchen Bund-Länder-Runde im Parlament Frau Merkel sagen würde. Wir wissen, die Situation ist angespannt - wegen der steigenden Infektionszahlen und wegen der noch nicht vollständig abschätzbaren Risiken aufgrund von Mutationen. Aber wir haben eben auch eine Lage im Land, dass die Menschen unduldsam werden, dass die von mir beschriebenen Risiken als drückend empfunden werden. Ein Jahr nach dem letzten Osterfest ohne Familie ist die Perspektive jetzt, dass nach 12 Monaten wir genau da sind, wo wir schon vor einem Jahr waren. Es wird gesprochen über die Notbremse und zwischen den Zeilen in den Interviews, auch heute von Herrn Söder, lese ich heraus, dass möglicherweise morgen über neue Verschärfungen bei den Kontakteinschränkungen gesprochen werden könnte. Liebe Freundinnen und Freunde, die Lage ist kritisch und wir sehen die Risiken. Aber die Antwort darf jetzt nicht sein, zuerst wieder Freiheitseinschränkungen zu diskutieren. Wenn die Lage kritisch ist, dann sollte doch die Antwort zuerst sein, dass wir jetzt endlich eine ausgefeilte Schnelltest- und Teststrategie bekommen. Durch intelligentere Maßnahmen sollten wir der Gefährlichkeit der Situation begegnen und nicht dadurch, dass wir einfach wieder so die Pandemie bekämpfen, wie wir

das genau vor 12 Monaten auch schon getan haben. Ich warne also vor einem pauschalen, fortgesetzten Lockdown. Wir brauchen intelligente Maßnahmen.

Dazu gehört, dass wir beim Impfen Tempo machen. Dass wir beim Impfen über die Logistik der Impfzentren hinaus baldmöglichst und in einem bitte pragmatischen Verfahren die Hausärzte, Fachärzte, Betriebsärzte und die Apotheken einbinden. Jede Impfung, die verabreicht wird, ist ein Schritt in Richtung Freiheit und Schutz unserer Gesellschaft, liebe Freundinnen und Freunde. Tempomachen! Die Inzidenzzahl von 50, diese eine Zahl, die die gesamte Pandemiepolitik des Kanzleramts steuert, ist längst nicht mehr Ausdruck für das Pandemiegeschehen vor Ort. Die Situation ist doch längst vielschichtiger, längst komplexer geworden. Gottlob gehen die Sterbezahlen zurück, weil die besonders verletzlichen Gruppen nach und nach nun geimpft sind. Die Situation in den Krankenhäusern, insbesondere im Bereich der Intensivmedizin, müssen wir in den Blick nehmen. Wir müssen fragen: Wer ist infiziert? Ist es eine ganze Fußballmannschaft an einem Ort? Oder sind es viele diffuse Infektionen, wo man nicht genau weiß, wo die Quelle war? Also können wir die Pandemiepolitik nicht mehr nur alleine an dieser einen Zahl festmachen. Erst recht nicht für Deutschland insgesamt. Wir brauchen eine differenziertere Betrachtung des Pandemiegeschehens.

Ich glaube, dass wir nach einem Jahr sagen können: Im Handel, in der Gastronomie, in der Kultur, im Sport, hier im politischen Raum gibt es nun Hygienekonzepte. Es gibt Logistik. Vor allen Dingen hat sich die ganz große, weit überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft als rücksichtsvoll, vernünftig und als verantwortungsbewusst erwiesen, liebe Freundinnen und Freunde! Diese Menschen haben jetzt das Vertrauen von Staat und Politik verdient, dass sie mit Freiheiten in der Pandemie verantwortungsbewusst umgehen können. Wir sollten den Menschen nun mehr zutrauen im zweiten Jahr der Pandemie.

Und im Gegenteil ist doch die Frage zu stellen: Wie ist eigentlich die Bilanz des gesamtstaatlichen Handelns nach über einem Jahr Pandemie? Die Bürgerinnen und Bürger waren vernünftig. Wirtschaft und Gesellschaft haben viel hingenommen und haben sich vorbereitet. Die Situation etwa auch in Kulturbetrieben, wäre heute eine andere als vor einem Jahr. Die berichten darüber, sie könnten verantwortungsbewusst öffnen: Mit Kontaktnachverfolgung, mit Abstand, mit Hygienekonzept. Aber wenn wir fragen: Wie hat eigentlich der Staat sich in einem Jahr weiterentwickelt? Wenn wir fragen: Wie anders ist eigentlich das Management der Pandemie im Bundesgesundheitsministerium als vor einem Jahr? Dann müssen wir die beklagenswerte Bilanz ziehen, dass sich da beim Staat eben nicht viel oder zumindest zu wenig getan hat. Defizite bei der Beschaffung von Masken, Defizite bei der Beschaffung von Impfstoff. Im Sommer des letzten Jahres hat die FDP-Bundestagsfraktion Herrn Altmaier noch gefragt: Muss es gegebenenfalls ein Programm geben? Die Produktionskapazitäten von Impfstoffen in Deutschland zu vergrößern? Damals, im Sommer 2020, wäre das noch technisch möglich gewesen. Antwort von Herrn Altmaier: „Nein, alles im Griff.“ Dann die Situation bei der Zertifizierung und der Beschaffung von Schnell- und Selbsttests. Man hätte sich kaum vorstellen können, dass das Faxgerät noch in so vielen Behörden im Einsatz ist. Die absolute Überbürokratisierung der Impfprioritäten. Man kann und muss also sagen, gerade im Vergleich mit anderen Gesellschaften, liebe Freundinnen und Freunde: Andere sind dabei uns den Rang abzulaufen. Der Blick nach Israel, nach Großbritannien, in die Vereinigten Staaten: Andere sind dabei, uns den Rang abzulaufen.

Wir müssen eingestehen es war eine deutsche Lebenslüge zu glauben, wir würden in einem gut geordneten Gemeinwesen leben, meine Damen und Herren. Das müssen wir uns erst wieder erarbeiten. Das Problem ist nicht allein das Faxgerät in den Gesundheitsbehörden, sondern dass selbst wenn der politische Wille da ist, unser staatliches Gemeinwesen kaum zu handeln in der Lage ist. Dann wird Geld ins Schaufenster gestellt für einen Digitalpakt in den Schulen seitens der Bundesregierung. Und vielleicht mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen gelingt es nicht, diese Mittel überhaupt in die Praxis zu bringen, weil selbst gegenüber auch öffentlich-rechtlichen Empfängern von Fördergeldern die Verfahren zu bürokratisch sind. Wir kannten das von großen Planungs-, Bau- und Infrastrukturvorhaben. Aber es gilt genauso für die Digitalisierung von Schulen. Eines der größten Probleme, die wir in Deutschland in der Gegenwart haben, liebe Freundinnen und Freunde, eines der größten Probleme ist die bürokratische Selbstfesselung unseres Landes, weshalb so gut wie gar nichts mehr geht. Und genau das müssen wir überwinden, damit wieder in unserem Land etwas geht. Wir haben vorgeschlagen, ein Digitalministerium auf der Bundesebene einzurichten, schon vor Jahren. Das wurde belächelt. Nun bezweifelt die Notwendigkeit der Digitalisierung niemand mehr. Aber wir werden noch weit darüber hinausgehen müssen. Wir werden die unterschiedlichen Fragen der Regulierung, der Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Dokumentationsverpflichtungen in den Blick nehmen müssen, damit wir wieder neue Handlungsfähigkeit in unserem Land erreichen. Ich glaube, dass nicht der Sozialismus à la Linkspartei die größte Bedrohung für unsere Freiheit und für den Fortschritt ist. In unserer Gegenwart ist der Bürokratismus die größte Gefahr für Freiheit und Fortschritt geworden. Wenn dann „liebe Freundinnen und Freunde, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Revolution fordert, dann frage ich mich, wie glaubwürdig das eigentlich nach 16 Regierungsjahren ist. Aber darüber. Aber darüber werden sich die Menschen ja ein Bild machen können und werden dann ihre Entscheidungen treffen. Ich kann jedenfalls nur sagen: Uns würden Reformen schon reichen und zur Mitwirkung sind wir bereit.

Diesen Modernisierungstau den wir im Staat sehen, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben ihn, machen wir uns das klar, auch in der Wirtschaft. Wir sind längst nicht so stark, so wettbewerbsfähig, wie wir das selber geglaubt haben. Das vergangene Jahrzehnt hat uns vielleicht einen falschen Eindruck über unsere wirtschaftliche Stärke vermittelt. Wir hatten den niedrigen Zins, wir hatten über lange Zeit einen künstlich niedrigen Außenwert des Euro. Wir hatten die Reformen der Agenda 2010, die aber nun auch schon anderthalb Jahrzehnte zurückliegen. Das heißt der Eindruck, den er von deutscher Stärke hatten, dieser Eindruck ist gar nicht repräsentativ für unser Land gewesen, das entsprach gar nicht der wahren Situation die wir haben. Wir bekommen jetzt so einen Eindruck davon. Wenn wir sehen, dass die Volksrepublik China wirtschaftlich schon wieder beim Vorkrisenniveau angekommen ist. Die USA bereiten sich auf eine Aufholjagd vor, mit enormen Wachstumsprognosen. Bei uns werden die Konjunkturprognosen regelmäßig zurückgenommen. Während die USA schon im Startblock für den Sprint sind, wird bei uns darüber in der Politik diskutiert, ob man nicht eigentlich der Wirtschaft noch ein paar zusätzliche Mühlstein um den Hals legen kann. Da können sich auch dort die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein Bild machen, ob man mit mehr Staat, mit höheren Steuern, mit höheren Energie- und CO2-Preisen, ob es damit gelingt Wachstum und Beschäftigung zu sichern.

Wir jedenfalls, liebe Freundinnen und Freunde, wir schlagen unserem Land ein anderes Konzept vor. Machen wir doch einmal Wirtschafts- und Beschäftigungsfreundlichkeit wieder zum Programm einer Bundesregierung! Und wann, wenn nicht jetzt? Gerade haben die

Gründer von Bio das Bundesverdienstkreuz erhalten, ihr habt das verfolgt. Und wir alle haben uns gefreut, dass ein Unternehmen aus Deutschland in einem Rekordtempo einen Impfstoff entwickelt hat. Eine segensreiche, eine für die Menschheit segensreiche Innovation. Vom Fall BioNTech kann man viel lernen. Gewiss aber nicht, wie Deutschland ist - aber wie es sein könnte. Ein Unternehmen, das eine Technologie aus der Grundlagenforschung in die Praxis überführt hat: Gentechnik. Vor gut zwanzig Jahren wollten die Grünen Gentechnik zurückdrängen. Die frühere grüne Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz rühmte sich gar damit, dass man die Gentechnik der BASF aus dem Land bereits vertrieben habe. Gott sei Dank ist das bei BioNTech nicht gelungen. Also machen wir doch Forschungsfreundlichkeit, die Offenheit für Innovation, das Vertrauen darauf, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ethisch arbeiten wieder zur Grundlage unseres Umgangs mit Innovationen.

Von BioNTech kann man lernen, welche Bereicherung Zuwanderung für ein Land sein kann. Es sind zwei Persönlichkeiten, die familiären Wurzeln im Ausland hatten. Und die in unserem Land ihr Glück zu unserem gemeinsamen Nutzen gesucht und gefunden haben. Wenn es nach der Union gegangen wäre, die lange abgelehnt hat, dass Deutschland überhaupt ein Einwanderungsland ist, dann hätte es eine solche Erfolgsgeschichte, hätte es solche Biografien nicht gegeben. Und deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, bekennen wir uns dazu, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, dass wir von Einwanderung profitieren können. Aber schaffen wir auch die Voraussetzungen dafür, dass Einwanderung gelingt, indem wir uns im Alltag jeder Form des Rassismus entgegenstellen. Indem wir Anforderungen an diejenigen stellen, die zu uns kommen. Indem wir aber auch ein weltoffenes Land sind, das denjenigen, die ihr Glück bei uns suchen, nicht noch zusätzliche bürokratische Hürden aufbaut. Ich halte das für eine Zukunftsfrage der alternden Gesellschaft.

Übrigens diese beiden haben erfolgreich unser Bildungssystem durchlaufen. Auch das ist in unserem Land alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Es ist der eigentliche Gerechtigkeitsskandal in unserem Land, dass die Herkunft aus dem Elternhaus, der Zufall, in welchem Stadtteil man geboren ist, so stark vorbestimmt, welchen Platz im Leben man findet und welchen Erfolg man am Ende der Bildungslaufbahn vorzuweisen hat. Das ist die größte gesellschaftspolitische Herausforderung, die wir haben: Dafür zu sorgen, dass sich jedes Talent in unserer Gesellschaft entfalten kann. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, aber auch die Fairness unserer Gesellschaft gegenüber jedem einzelnen ihrer Mitglieder macht sich daran fest, wie gut unser Bildungssystem ist. Und unser Ehrgeiz sollte sein, dass wir wieder in der Weltspitze mitsprechen, statt dass wir uns mit Mittelmaß zufriedengeben.

Und, liebe Freundinnen und Freunde, BioNTech ist ein Unternehmen. Das ist ein Unternehmen in der Marktwirtschaft, das mit privatem Kapital gegründet worden ist, in das Menschen investiert haben, weil sie Innovation sehen wollen und weil sie damit auch einen Gewinn erzielen wollen. Dieses Unternehmen zeigt, dass es eben nicht immer nur der Staat ist, der Gemeinwohl schafft, sondern dass Gemeinwohl auch im Zusammenwirken in der Wirtschaft unter den Regeln von Freiheit und Verantwortung besteht. Deshalb braucht unser Land mehr Erfindergeist, mehr Offenheit, mehr Forschungsfreiheit, aber eben auch mehr Unternehmertum und Risikobereitschaft. Nur da entstehen die Zukunftsarbeitsplätze, die wir brauchen, liebe Freundinnen und Freunde. Ich bin davon überzeugt, dass die zukünftigen Arbeitsplätze, die wir brauchen, dass die durch ein Programm der marktwirtschaftlichen Erneuerung geschaffen werden.

Und zugleich, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, ich nenne nur als ein Beispiel den Klimaschutz, dass auch darauf eine marktwirtschaftliche Antwort bessere Ergebnisse verspricht, als auf den Staat zu setzen. Darüber werden sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr unterhalten und sie werden sich ein Bild machen. Und da gibt's ja eine Partei, die Grünen, die wollen die Frage des Klimaschutzes etwa so organisieren wie das staatliche Impfmanagement. Also staatlich zentriert, alles an einer Stelle organisiert, Politikerinnen und Politiker entscheiden. Das kann man so machen. Ich glaube, dass die Antwort auf Zukunftsherausforderungen wie den Klimaschutz eher nach dem Modell BioNTech erfolgen sollte. Mit Technologie, mit unternehmerischem Ehrgeiz, mit Eigenverantwortung der Menschen.

Liebe Freundinnen und Freunde, dahinter steht eine Werthaltung, die wir als Partei für uns reklamieren: Es ist die Liebe zur Freiheit, die Lust auf Veränderung, die Lust auf Fortschritt und die Bereitschaft zur Gestaltung. Mit dieser Liebe zur Freiheit sind wir in unserem Land nicht immer ein Mehrheitsprogramm gewesen, zumal nicht in dieser Pandemie. Es gibt bei uns eine gewisse Staatsfrömmigkeit, die noch nicht einmal dann zu erschüttern ist, wenn sich die administrativen Defizite bei Politikerinnen und Politikern zeigen. Wir haben aber eben diese Liebe zur Freiheit und das Vertrauen auf die Menschen in unserem Programm. Und wenn nun dann gesprochen wird über Koalitionsbildungen nach der Bundestagswahl, so verwundert mich, dass ausgerechnet diejenigen, die mit unseren Angeboten in der Sache eigentlich so gar nichts zu tun haben wollen, umso enthusiastischer über eine Ampel sprechen. Da kann es nicht darum gehen, dass man die Beiträge der FDP zur wirtschaftlichen Erneuerung so sehr schätzt, wenn SPD und Grüne mit dezidiert linken Programmen antreten. Das grüne Programm ist ja in Wahrheit tiefrot. Wenn die über eine Ampel sprechen, liebe Freundinnen und Freunde, dann ist es in Wahrheit das Ablenkungsmanöver von grün-rot-rot. Über die Ampel sprechen, aber in Wahrheit an grün-rot-rot denken. Und dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Wir haben selbstverständlich hier in Nordrhein-Westfalen 2017 vor der Landtagswahl unsere Eigenständigkeit betont. Wir waren so eigenständig, dass die CDU noch 14 Tage vor der letzten Landtagswahl, bei aller guten Zusammenarbeit in der Koalition, es ist eben keine Fusion, dass sie noch 14 Tage vor der Landtagswahl ja auf Facebook heute noch zu findende Kacheln verbreitet haben: „Wer FDP wählt, wählt Hannelore Kraft.“ Das war die Kampagne der Union. Und trotzdem haben wir gesagt: Nein, wir müssen nichts ausschließen. Wir schließen nur eins aus, dass wir unser Wort brechen und unsere Inhalte verraten. Wir sind eine eigenständige Partei. Wir sind eine eigenständige Partei, aber wir machen unsere Entscheidungen über den Eintritt in Regierungen eben von Inhalten abhängig.

Diejenigen, die in unserem Land ab dem Herbst Verantwortung tragen, werden sich größten Herausforderungen gegenübersehen. Machen wir uns das bitte klar, wo wir heute eine Landesreserveliste für die Bundestagswahl wählen. Also über diejenigen entscheiden, die dann in einem Parlament Verantwortung tragen. Es werden große Herausforderungen sein: Die von mir eben angesprochene Notwendigkeit der wirtschaftlichen Erneuerung. Die Befreiung unseres Gemeinwesens aus einem drohenden Schuldensumpf. Die Gestaltung unserer Sozialversicherungssysteme jetzt im greifbaren demografischen Wandel, wenn die Babyboomer in das Ruhestandsalter wechseln. Die Neugründung auch internationaler Institutionen. Das sind alles große Herausforderungen. Niemand sollte den Menschen versprechen, dass wer auch immer regiert, von jetzt auf gleich alles modern, gut und prima

sein wird. Viel, viel Arbeit wartet auf diejenigen, die Verantwortung für unser Land übernehmen wollen. Angesichts der Größe dieser Herausforderungen, liebe Freundinnen und Freunde, fühle ich Demut. Und da empfiehlt sich auch in der Argumentation eine gewisse Bescheidenheit. Aber auf der einen Seite das Wertebewusstsein, Werteselbstbewusstsein einer liberalen Partei zu haben und auf der anderen Seite aber Demut vor der Größe der Herausforderungen, aus dieser Kombination von Selbstbewusstsein und Demut kann Vertrauen bei den Menschen wachsen. Wir gehen jetzt in diesen Wahlkampf und werben für unsere Positionen. Wir sind bereit zur Übernahme von Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland. Wir bewerben uns um Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland. Vor vier Jahren, genau um diese Zeit im März 2017 hat uns das Institut Emnid, das immer für die Bild am Sonntag die Umfrage macht, bei fünf Prozent gesehen. Und einige Monate später hatten wir dann 10,7 Prozent bei der Bundestagswahl. Genau dieses Institut, genau vier Jahre später, heute misst uns bei zehn Prozent. Da kann ja noch was kommen. Und, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben auch den Ehrgeiz, dass da noch etwas kommt. Nicht alleine, nur um unserer selbst willen wegen, damit die nordrhein-westfälische FDP viele Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden kann. Darum alleine geht es nicht. Wir wollen stärker werden, auch stärker als wir jetzt sind. Unser Ziel muss sein, dass nach der Bundestagswahl mit der FDP gesprochen werden muss, wenn es um die Regierungsbildung geht. Ich möchte nicht, dass es zu einem schwarz-grünen Selbstläufer kommt oder zu einer grün-rot-roten Verbindung. Wenn Deutschland von der FDP mitgestaltet wird, dann ist es für Millionen Menschen besser. Dann hat dieses Land eine bessere Zukunft. Und dafür machen wir jetzt Wahlkampf: Für eine starke FDP, die in einer zukünftigen Regierung die Politik mitprägen kann. Dafür bitte ich auch um Eure Unterstützung. Vielen Dank!